

Bezugspreis:
Bierteljährlich
durch Boten 4.50 RM.
Bei den Postanstalten
(auschl. Bestellgeld)
4.50 RM.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Bad Ems.

Emscher Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Freise der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Kleinzeile 30 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Ems, Römerstr. 95.
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Rich. Hein, Bad Ems.

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 23

Bad Ems, Montag, den 2. Februar 1920

72. Jahrgang.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 30. Januar 1920.

Die Beratung des Antrages Paul Hoffmann (U. Soz.) zur Aufhebung des Belagerungszustandes führte zu Sturmreden, die die ganze Verwirrung unseres politischen Lebens kennzeichnen. Als es früher zu solchen Ausbrüchen in den österreichisch-ungarischen Parlamenten durch die höchstigen Eliten kam, suchte jeder anständige deutsche Politiker die Achseln über die da unten.

Abg. Leid (U. Soz.): Die geistige Rede des Ministers Heine war eher eine Pogromrede als eine Programmrede. Es ist eine läge, daß meine Partei ein Interesse am wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands hätte. Die viel gerühmte Freiheit der neuen demokratischen Republik wird am besten illustriert durch die Presseverbote, durch die sich die Regierung zum Schrittmacher des Kapitalismus macht. Zugleich ist es ein niedriges infames Konkurrenzmander gegen uns. Unsere Ernährungsschwierigkeiten sind ein Wert der Agrarier. Es ist Deutscher, in einer Zeit von Demokratie zu sprechen, in der die schlimmste Diktatur aufgerichtet ist. Durch den jetzigen Ausnahmezustand sind Millionen deutscher Arbeiter entrechtet. Der Sozialismus wird kommen, weil er kommen muß. Sie können das Wort, aber nicht den Geist töten.

Minister Heine: Die Presse der Rechten hat aus Unlach des Attentats auf Erzberger leider nicht den rechten Takt gewahrt. Ein Blatt, das zwar die Tat an sich verurteilt, unterläßt jedoch die Meinung, es werde Hunderttausende geben, die den Mißerfolg des Attentats beklagen. (Ort, hört!) Durch die Presseverbote will ich nicht die Meinung der Unabhängigen unterdrücken, sondern nur neuen Unruhen und großer Hungersnot vorbeugen. (Unruhe bei den Unabhängigen.) Wir handeln damit in Notwehr. Wenn die Freunde des Herrn Leid im besetzten Gebiet wären, dann wäre uns wohl und ihnen übel. (Sehr gut!) Aber wir wissen, daß die unabhängigen Blätter mit dem Gelde der Franzosen unterstützt werden; (Großer Lärm bei den Unabhängigen. Rufe: Lügner! Beweise!) Es dauert minutenlang, bis der Präsident dem Minister für einige Augenblicke wieder Gehör verschaffen kann.) Minister Heine fortfahrend: Der Zusammenhang der Politik der Unabhängigen mit der Vert. wie das Ausland gegen uns schützt, beweist ja die heutige Rede des Abg. Leid. (Erneuter Lärm der Unabhängigen. Adolf Hoffmann ruft: Juristisches oder beweisen.) Die Angriffe werden von den Unabhängigen in die ausländische Presse dirigiert und werden dann von ihnen zitiert. (Ungehöriger Lärm bei den Unabhängigen. Rufe: Lügner! Verleumder! Beweise!) Der Minister kann nicht weiter sprechen.

Vizepräsident Dr. Frenkel vertagt um 3/4 Uhr die Verhandlung auf 4 Uhr.
Präsident Leinert eröffnet die Sitzung wieder um 4 Uhr 30 Minuten.

Minister Heine: Wenn es Leute gibt, die das ständige Regiment stützen wollen, auch wenn unser ganzes Wirtschaftsleben zu Grunde geht, ist das ein politisches Verbrechen. Es wird jedoch den Verleumern von Ihnen zugerufen: „Fördert keine Kohlen, damit unsere Wirtschaft zugrunde geht!“ Ich bitte die Arbeiter sich loszulösen von solcher Führung. Wenn wir der Entente die zu Liefernden Kohlen nicht geben, dann kommt sie und holt sie sich und das haben Sie dann verschuldet. Ein gewisser Baumann, unabhängiger Sozialdemokrat, der die erste Nummer der Rheinischen Republik schrieb und redigierte, kam dann nach Berlin, um von den Regierungsstellen einige Millionen zu bekommen unter Hinweis darauf, daß er diese Summe sonst von seinen unabhängigen Freunden bekomme. Wenn er sie aber von der Regierung bekomme, dann wolle er dafür sorgen, daß die Rheinische Republik zum Spiegelorgan der preussischen Regierung würde. Natürlich haben wir dieses Anerbieten glatt abgelehnt. (Beifall.) Dafür sind aber der Zeitung sehr große Summen von anderer Seite zugeflossen, die zweifellos aus französisch-englischen Propagandafonds kommen. (Adolf Hoffmann ruft: Verleumder!) Sie, Herr Hoffmann, haben sie aus dem Ministergehalt von damals nicht bezahlt. (Schallende Heiterkeit.) Die Rheinische Republik arbeitet außenpolitisch und innenpolitisch im Sinne der Unabhängigen. Bieleicht lassen Sie sich auch von den Genossen in Köln das Protokoll der Verhandlungen zwischen den dortigen Unabhängigen und der englischen Besatzungsbehörden geben! (Große Bewegung. Lärm bei den Unabhängigen.) Wir wissen, daß wir nicht so tief gesunken wären mit den Friedensbedingungen, wenn die Unabhängigen nicht vom ersten Tage an erklärt hätten, wir seien im Recht, wir müßten gestraft werden und müßten jeden Frieden unterzeichnen. (Stürmische Zurufe. Widerspruch. Lärm bei den Unabhängigen. Rufe: Verleumder! Lügner!)

Präsident Leinert: Die Zurufe stehen für einen Ordnungsruf zu tief. (Großer Beifall. Säbelklatschen.)
Minister Heine beendet unter stürmischem Beifall seine Rede mit einem Appell zu enträchtigter Arbeit zum Wohle des Vaterlandes.

Abg. Adolf Hoffmann: Der Minister hat für seine Behauptung nicht den Schatten eines Beweises erbracht. Der Vorwurf der Verleumdung bleibt auf ihm sitzen. (Ordnungsruf.)

Der Fall Baumann. Der Minister Heine ist in seiner großen Rede in der Landesversammlung am Freitag auf die Zusammenhänge zwischen Unabhängigen und den Kosreisungsbestrebungen im Rheinland eingegangen, wobei er den Fall der Zeitung „Rheinische Republik“ erwähnt hat. Von unterrichteter Seite wird hierzu noch mitgeteilt: Am 22. September erhielten unangefordert bei einer preussischen Regierungskasse Herr Baumann, auf dessen Wistentarife groß gedruckt das Wort

„Rheinland-Bund“ prunkte und die Bezeichnung „Chefredakteur“ der „Rheinischen Republik“, und erzählte: daß er die literarische Stütze der rheinischen Separationspolitik sei und daß sein Blatt als Organ der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei anzusprechen wäre. Er bezog ein Jahresgehalt von 36 000 Mark. Nach dieser Einleitung machte Baumann das Angebot, seine Person künftig der preussischen Sache zur Verfügung zu stellen, er sei zu der Überzeugung gekommen, daß es doch eigentlich Unsinn wäre, gegen Preußen zu arbeiten. Baumann spezialisierte sodann in einer Weise, die seiner Geschäftstüchtigkeit alle Ehre machte, die Bedingungen, unter denen er ins preussische Lager herüberwechseln wolle. Er hatte seine Vorschläge zu Papier gebracht und forderte: 1. Ernennung zum Geheimen Regierungsrat; 2. feste Anstellung auf zehn Jahre und 40 000 Mark Jahresgehalt und 100 000 Mark jährlicher Repräsentation; 3. einen jährlichen Fond von 2 bis 3 Millionen zur Herstellung von Plakaten, Druckschriften usw.; 4. eine Amtswohnung in Düsseldorf, Koblenz oder Köln mit zwei Raum preussischer Schutzmannschaft als Posten zur persönlichen Sicherheit. Nicht unbemerkt soll bleiben, daß Baumann, der vielleicht vorausah, daß böse Jungen die Rechnungsablegung über die Verwendung des Millionenfonds von ihm verlangen könnten, sich schriftlich ausdrücklich Ausschließung jeder Kleinlichen Kritik an seinen Maßnahmen vorbehalt. Er wies die persönliche Eignung zu dem Posten dadurch nach, daß er mitteilte, über die geheimsten Maßnahmen der Gegner auf französischer Seite und auch auf der deutschen Rheinländerseite unterrichtet zu sein, da er mit allen Herren der Rheinischen Republik monatlang tagaus tagein verkehrt habe. Außerdem besäße er das ganze urkundliche, nur einmal vorhandene Aktenmaterial, das gegen Preußen und gegen das Reich verwendet werden sollte. Er betonte, daß, wenn die preussische Regierung nicht auf sein Angebot einginge, er das Material schon zu verwenden wissen werde. Sein Blatt wird auch heute noch in unabhängig-kommunistischer Sprache redigiert. Baumann, der ein ehemaliger Lehrer ist, führt einen besonders heftigen Kampf gegen das preussische Schulsystem. Die Dazustellung dieses Sachverhalts dürfte hinreichen, um Baumann und sein Blatt als erledigt gelten zu lassen, aber auch, um zu zeigen, was für Elemente hinter der Bewegung stehen, welche die Rheinlande von Preußen und damit vom Reiche losreißen will. (Aus den obigen „Bedingungen“ des Herrn Baumann möchte man fast schließen, daß der Mann nicht ganz normal ist. D. Red.)

Die Kaiserfrage.

Das Begehren der Entente, „Daily Express“ meldet, daß der nächste Schritt der Alliierten gegenüber den Niederlanden von größter Bedeutung sein werde. Die niederländische Regierung werde nämlich gefragt werden, ob sie im Hinblick auf die ablehnende Antwort bereit sei, zu gewährleisten, daß sie den ehemaligen Kaiser in den Niederlanden festhalten und ihn dauernd internieren werde, um zu verhindern, daß er nach Deutschland komme, wenn die Lage in Deutschland sich so entwickeln sollte, daß sie dem Kaiser Anlaß gebe, von neuem sein Glück zu versuchen.

Frankreich-englische Verstimmung. Der Temps protestiert gegen die Nachricht der „Times“, aus Kairo vom 21. Januar, in der gesagt wurde, daß die Lage in Syrien ernst ist, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Der „Times“ sagt: Die militärischen Zwischenfälle seien Angriffe von Kleinlicher Bedeutung. Die Beziehungen zwischen den französischen Behörden und den Behörden von Libanon, namentlich aber mit der Geistlichkeit, seien ausgezeichnet in jeder Hinsicht und man könne sich nur wundern, daß von Kairo aus so falsche Nachrichten verbreitet würden, die offenbar den Zweck hätten, das Werk Frankreichs in Syrien zu diskreditieren.

Der Völkerverbund.

Die Liste der „Schuldigen“. Die Agentur Havas berichtet aus London: Wie die Blätter mitteilen, sollen sich die Ministerpräsidenten der Entente anfangs Februar in London versammeln, um eine neue Reduktion der Liste der Schuldigen vorzunehmen. In zuständigen Kreisen wird dazu erklärt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehre. Die Liste der Schuldigen, die 800 Namen aufweist, ist abgeschlossen, und es werden keine Änderungen mehr daran vorgenommen. Die Liste wird der deutschen Regierung am 10. Februar übergeben werden. Der Völkerverbund wird am Montag die Formalitäten prüfen, unter denen die Übergabe stattfinden wird.

Aus dem besetzten Gebiet.

Keine Ausführung der Fragebogen. Die Section Economique hatte vor der Ratifizierung des Friedensvertrags den deutschen Kaufleuten und Industriellen des besetzten Gebiets Fragebogen zur Ausfüllung übergeben. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat nunmehr dem Reichskommissar in Koblenz mitgeteilt, daß nach dem erfolgten Inkrafttreten des Friedensvertrags die deutschen Kaufleute und Industriellen der besetzten Gebiete nur an diejenigen Verpflichtungen gebunden seien, die in den Bestimmungen der Interalliierten Rheinlandkommission und in den Bestimmungen des Friedensvertrags vorgesehen sind. Diese Entscheidung sei auch dem Armeekommandanten bekanntgegeben worden. Nach dieser Entscheidung sind die betreffenden Kreise nicht zur Ausfüllung der Fragebogen genötigt, da eine solche Bestimmung in den Ordnungen nicht enthalten ist.

Der Ministerbesuch. Es steht nunmehr endgültig fest, daß der preussische Ministerpräsident Bismarck und die Minister am Jahnhoff, Stegertwald, Südekum und Fischbeck, ferner die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Busch und Ling an der Reise teilnehmen. Dagegen wird der Landwirtschaftsminister die Reise nicht mitmachen. Die Hauptverhandlungen werden am Montag morgen in Köln bei der Regierung mit dem parlamentarischen Beirat für die Rhein-

provinz stattfinden. Auch mit den Oberbürgermeistern der großen rheinischen Städte wird verhandelt werden. — Besprechungen mit den Bürgermeister der kleinen Städte, die auch mancherlei Wünsche haben, waren auch nötig.

Der Goldzoll. Nach einer Bekanntmachung zu dem Befehl über die Zahlung der Zölle in Gold beträgt das Aufgeld für den Monat Februar 1920 900 v. H.

Die Zeitungsumstellung. Aus Koblenz wird gemeldet: Nach Anordnung der Interalliierten Rheinlandkommission tritt in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar die mitteleuropäische Zeit für das bürgerliche Leben in Kraft. Die Uhren sind daher in der Nacht um 12 Uhr um eine Stunde vorzustellen. Im Eisenbahnbetrieb tritt vorläufig keine Änderung ein.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Admiral von Reuter. Die englische Zeitung „Globe“ meldet: Der verantwortliche Urheber der Versöhnung der deutschen Kriegsschiffe von Scapa Flow, Admiral von Reuter, der in England interniert war, ist freigelassen worden und befindet sich bereits auf dem Wege nach Deutschland.

Deutschland.

D Armes Danzig! Nach einer Havas-Meldung aus Warschau plant man die Schaffung eines polnischen Hafens bei Danzig. Außerdem will die Regierung bei einem für Polen glücklichen Ausgang einen Seehafen in der Gegend von Danzig oder Dirschau anlegen lassen. — Wenn diese Pläne verwirklicht werden, ist Danzig zum wirtschaftlichen Ruin verurteilt. Die Pläne sind ferner ein Dorn auf die Wunden der Entente im Friedensvertrage, die dahingingen, Polen in Danzig einen Seehafen zu geben. Nur das allzu berechnete Mißtrauen der Entente gegen die edlen Polen hat es wohl verhindert, daß Danzig selbst als Ende des Reichsleiters auch noch so nützlich wäre. Man darf gespannt sein, was die Alliierten, namentlich England, zu diesen Plänen sagen werden, denn sie haben schon im vorigen Sommer Vorbereitungen getroffen, um einen starken Anteil des über Danzig geführten Handels mit Polen an sich zu nehmen.

D Kabinettsitzung in Berlin. Am Freitag nachmittags fand eine gemeinsame Kabinettsitzung der Reichs- und Preussischen Staatsregierung statt, in der die Schulfrage sowie die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates besprochen wurde.

Die Zahl der Katholiken im neuen Deutschland.

Auf dem Zentrumsparteitag in Berlin ist bei einer Rundgebung für die Katholiken in den nach dem Friedensvertrag abzutretenden Gebieten darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Gebiete in der Hauptsache von Katholiken bewohnt seien. Nach einer in der „Ehener Volkszeitung“ wiedergegebenen Mitteilung der Katholiken- und Kirchenzeitung wird durch die Gebietsveränderungen im Westen und im Osten die katholische Kirche in Deutschland und besonders in Preußen stark in Mitleidenschaft gezogen. Durch die Abtrennung von Elsaß-Lothringen scheiden zwei Diözesen mit 1 330 000 Katholiken und 370 000 Nichtkatholiken aus dem Deutschen Reich aus. Weg mit 505 000 Katholiken und Straßburg mit 825 000. Das besetzte Saargebiet gehört kirchlich zum größten Teil zum Bistum Trier, ein kleiner Teil zum Bistum Speyer mit zusammen rund 400 000 Katholiken und 200 000 Nichtkatholiken. In der Diözese Köln sollen die drei Dekanate Eupen, Malmedy und St. Vith mit zusammen 62 000 Katholiken und 1000 Nichtkatholiken durch Abstimmung entscheiden, ob sie an Belgien fallen oder bei Deutschland bleiben. Insgesamt wohnen mithin in den westlichen Abtrennungs- und Abstimmungsgebieten rund 1 800 000 Katholiken und 570 000 Nichtkatholiken. Im Osten fallen die Erzdiözesen Gnesen und Polen fast ganz an Polen. Das abzutretende Gebiet zählt 1 400 000 Katholiken und 500 000 Nichtkatholiken. In gleicher Weise scheidet fast das ganze Bistum Kurland, abgesehen von kleinen stark protestantischen Kreisen im Westen und Osten, aus dem Deutschen Reich aus und damit 800 000 Katholiken und 70 000 Nichtkatholiken, die teils Polen, teils Freistaatler (Danzig) werden. Im Bistum Ermland sollen etwa 150 000 Katholiken und 300 000 Nichtkatholiken an Polen fallen oder über ihre künftige Staatszugehörigkeit abstimmen. Schließlich findet im Bistum Breslau in Oberschlesien eine Abstimmung statt, in einem Gebiete, das mindestens 1 700 000 Katholiken und nur 170 000 Nichtkatholiken umfaßt. Das östliche Abtrennungsgebiet und Abstimmungsgebiet beinhalten somit rund vier Millionen Katholiken und 1 700 000 Nichtkatholiken. Im Westen und Osten sollen mithin 5 800 000 Katholiken und 2 250 000 Nichtkatholiken abgetrennt werden oder abstimmen. Vor dem Friedensschluß zählte Deutschland etwa 24 500 000 Katholiken und 41 Millionen Nichtkatholiken. Würden alle Abtrennungsgebiete aus dem Deutschen Reich ausscheiden, dann blieben noch nicht 19 Millionen Katholiken übrig neben 39 Millionen Nichtkatholiken; die Katholiken, die bisher im Deutschen Reich 37 v. H. ausmachten, würden damit auf 32,5 v. H. vermindert werden.

England.

Ministerkrise. Der Minister der Arbeiterpartei Barnes hat seine Demission gegeben, die als ein schwerer Schlag für die Koalition betrachtet wird. Wenn sich, wie es den Anschein hat, die drei anderen Arbeitsminister ebenfalls zurückziehen, geht die Koalition jeden Scheitern der Arbeitervertretung verlustig. — In einem von Havas verbreiteten Interview erklärte Barnes, daß er nicht wüßte, ob das Kabinett die Billigt und daß er die Gründe nicht veröffentlichten könne. Nach dem „Evening Standard“ würden im Kabinett wahrscheinlich noch verschiedene andere Veränderungen eintreten. — Die liberalen Zeitungen sind der Ansicht, daß die Demission Barnes diejenige der drei anderen Arbeitsminister über der Regierung im Gefolge haben wird. — Die „Evening News“ melden, daß der Ministerpräsident die Demission Barnes, Ministers ohne Portfeuille, angenommen hat.

bedarf der Enfer Bürger gedeckt ist. Mit den Führern
 ein Abkommen über die Anfuhr getroffen worden. Von
 einzelnen Stadtverordneten wurde eine Anzahl Wagen
 an einzelne vorgebracht, deren Erfüllung stets in tech-
 nischen Schwierigkeiten, namentlich durch Lenkmangel (trotz
 Schlieren-Hauerdiesel) stets scheitern werden. Gefahrt wurde
 über die Verteuerung des Werkholzes, namentlich durch
 Gebote eines auswärtigen Händlers.

Der städt. Arbeiter Struth hat an den Stadt-Vorst.
 ein Schreiben gerichtet, worin er sich über die An-
 schreibung seiner Altersrente beklagt. Die Sache wurde auf
 nächste Sitzung vertagt, wo der Magistrat sich dazu
 äußern wird. Inmitten erklärte Stadt-Vorst. Dr.
 Kemmler, unter Zustimmung der Versammlung, daß die
 Altersrente ein Ehrenlohn und keine Entschädigung für be-
 deutende Arbeitskraft sei.

Ueber die Neuordnung der Kurverwaltung
 erbat die Stadt-Vorst. Dr. Stemmler an Hand eines schon
 erlittenen Beschlusses. Er erwähnte, daß zu den
 Verhandlungen am 8. Januar nur ein Vertreter des Land-
 esrats erschienen war, der sich anfangs den
 Wünschen der Stadt gegenüber recht ablehnend verhielt. Es
 wurde der Haushaltsplan für 1920 mit etwa 300.000 Mk.
 festgestellt. Den Wünschen der Stadt nach Vereinfachung der
 Ab- und Brunnenverwaltung und der Kurkommission ist
 Rechnung getragen worden durch die Vereinigung der Leiter-
 stellen in der Person des Direktors Meß. Ihm wird als
 Kurinspektor eine jüngere Kraft zur Seite stehen, deren
 Hauptaufgabe die Ausarbeitung und Durchführung des Ver-
 waltungsprogramms sein dürfte. Sollte der neue Mann
 dem Probejahr sich bewähren, so hat er Aussicht, eine
 ständige Stelle zu bekommen. Bei der Entscheidung dar-
 über hat die Stadt auch mit zu bestimmen. Auf eine Frage
 über hat die Stadt auch mit zu bestimmen. Auf eine Frage
 es Stadt-V. G. Müller (D. Vpt.) über die Befähigungs-
 erhältnisse während der Kurzeit, wurde geantwortet, daß
 eine Verminderung vielleicht eintrete.

Stadt-Vorst. Dr. Stemmler erinnerte dann an die am
 Sonntag vorzunehmende Kreis tagswahl, deren Ver-
 fahren durch die Einigung der Parteien auf einen Wahl-
 beschlag vereinfacht worden ist.

Namens der demokratischen Fraktion stellte
 Stadt-V. Henche folgende Anfragen: 1. Ist die kostliche Beliefe-
 rung der noch ausstehenden Mengen Kartoffeln für die
 erfahrungsberechtigten Bürger sichergestellt und wann kann
 die Belieferung der Haushaltungen erfolgen? Eine weitere
 Verzögerung vor Beginn der Sommerferien veranlaßt.
 Was ist geschehen, um in Verfolg des Antrags und der
 Anregungen der Stadt-Sitzungen vom 4. 12. 19 auf Er-
 richtung eines Mietvereins- und Wohnungs-
 amtes diese Einrichtung demnächst der praktischen Wirk-
 samkeit zuzuführen? Die in Aussicht stehende Gründung
 des Hausbesitzervereins und die zu vermutende nachfol-
 nende Gründung eines Mieterbundes machen das städt.
 Wohnungsamt nötig. Die zur Fällungnahme empfohlenen
 Anordnungen in Diez sind inzwischen wirksam geworden.
 Die erste Anfrage beantwortete Stadt-V. Sehr als Leiter des
 Lebensmittelamtes dahin, daß der Stadt noch etwa 1100
 Zentner fehlen, daß aber für Ersatz durch Hülsenfrüchte
 Sorge ist. Es bleibt nichts unberührt, noch Kartoffeln
 anzuschaffen. Sollte es ganz schlimm werden, so müßten
 die Haushaltungen, die reichlichere Vorräte haben, denen, die
 keine haben, abgeben. Die Hotels sind nicht übermäßig
 angefüllt. Der Besitzer des Kurhauses hat sich sogar zur Her-
 abgabe größerer Mengen bereit erklärt.

Zur zweiten Anfrage erklärte Stadt-V. Sehr, daß die
 Wohnungsnot noch größer werden würde, auch schon dadurch,
 als noch Wohnungen von der Befähigung angefordert werden.
 Der Stadtsekretär Kaul teilte ferner mit, daß J.-R. Her-
 ch zur Übernahme des Leiterpostens für das Mietvereins-
 amt sich bereit erklärt habe.

Durch eine Anfrage des Stadt-V. Henche (Dem.) entstand
 nun noch einmal eine Debatte über die Milchverteilung.
 Stadt-V. Sehr erklärte, daß die Entnahme der Milchproben
 alljährlich ist, daß die vorzuziehenden Proben genommen
 werden; vielleicht lassen sich diese vermehren. Die Eisen-
 schienen können ihre Milch nach Maßgabe ihrer Karten
 ziehen, wo sie wollen, und ebenso kann der Besitzer des
 Scheider Hofes auch nur ihnen liefern. Letzteres be-
 weist die Stadt-V. Henche und meinte, man müsse den Be-
 sitzer des Hofes zwingen können, auch an die Stadt zu
 liefern. Die Eisenbahner legten großen Wert auf die Zeit-
 ellung, daß sie nicht vorzugsweise versorgt sind. Ferner be-
 dwerte sich der Stadt-V. darüber, daß der Lebensmittelaus-
 schuß noch nicht einberufen sei, obgleich schon wichtige Ent-
 scheidungen zu treffen gewesen wären.

Stadt-V. Raffine II. (Soz.) fragte, ob die Stadt Schritte
 zur Beschaffung von Kleidungsstücken und Wäsche
 an der Reichsbekleidungsstelle getan habe. Darauf wurde
 festgestellt, daß die Stadt 1000 Paar Arbeitsstiefel für
 60 Mk. gekauft und je 300 Paar Herren-, Damen- und
 Kinderschuhe bestellt habe.

Stadt-V. Kilian (Soz.) fragte, weshalb die Bergarbeiter
 ihre Prokura-Karten bekommen, ob sie etwa „ber-
 hoben“ seien. Die Bergarbeiter verlangten ihre Stadt-
 V. erklärte, daß von „Berhoben“ keine Rede sein könne,
 daß die Stadt nur nach den Vorschriften des Kreisaus-
 schusses Karten ausgeben könne, daß der Kreisauschluß über
 die Ausgabe der Zutrittskarten entscheide und nicht die Stadt.
 Die Ausgabe sei für die nächsten Tage zu erwarten.

Stadt-V. Vogt (Dem.) brachte Klagen über Wild-
 schweine in die Stadt. Sehr erklärte, daß die Wildschweine
 durch ihre Verwilderung gefährlich werden würden. Vorher-
 halter wies darauf hin, daß Jagdgesellschaften nur auf Anord-
 nung des Landrates beantragt werden können.
 Damit war die lange Tagesordnung erledigt. An die
 öffentliche Sitzung schloß sich noch eine geheime an.

Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag, den 5. Febr. 1920, nachm. 4 Uhr
 im Rathssaal.

- A. Vorlagen des Magistrats:
1. Schiedsmannswahl.
 2. Abschluß einer Unfallversicherung.
 3. Übernahme einer Bürgschaft.
 4. Verpachtung der städt. Bestattung am Konfordinarium.
 5. Prüfung, Feststellung und Entlastung der Jahresrech-
 nung für 1917.
 6. Kredit in laufender Rechnung bei der Kass. Landes-
 bank.
- B. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung:
1. Antrag Maßgebender betreffend Umbenennung der hiesi-
 gen Volksschulen.
- C. Mitteilungen.
- Der Magistrat wird zu der Sitzung ergebenst eingeladen.
 Die Akten liegen Dienstag, den 3. und Mittwoch, den
 4. 2. 19. im Rathhaus bei dem Schriftführer — Ober-
 stadtsekretär Kaul — zur Einsichtnahme offen.
- Bad Ems, den 31. Januar 1920.
 Der Stadtverordnetenvorsteher.
 Dr. Stemmler.

Freiwillige Versteigerung.

Dienstag, den 3. Februar, 1 Uhr (alte Zeit)
 versteigere ich gegen bar in der Gartenhalle B. Stoll, Diez,
 Bienenbäckerweg

vollständige Betten, Nachtschränken, Tische, Stühle,
 Spiegel, 1 Sofa, 2 Kommoden, 1 Spinnrad, 1 Schbade-
 wanne, 1 Kinderwagen, 1 Hängelampe, 1 Waschmangel,
 1 Rasenlofen, Kleidungsstücke, Küchengeräte u. a. mehr.

1/2 Stunde vorher Besichtigung.
 Philippbaar, Vollz.-Beamter, Diez.

Kaufe
Deutsches Silbergeld
 zum Reichsbankkurs.
Goldmünzen zum höchsten Tagespreise.
August Mies.
 Uhren u. Goldwaren, DIEZ.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an der Beerdigung
 unseres lieben treusorgenden unvergesslichen Vaters, Schwiegervater
 und Großvaters, Herrn

Bürgermeister a. D.
Karl August Bodenheimer
 sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.

Die trauernde Familie:
Heinrich Bodenheimer.

Berghausen, den 28. Januar 1920.

Deutsches Silbergeld
 wird zum Reichsbankkurs entgegen genommen.
Vorschuß-Verein Diez.

Rauchtabake.
Grobschnitt
 100 Gramm Paket 4.50 Mk.
Buffalo Bill Krüllschnitt
 50 Gramm Paket 2.50 Mk.

beide Sorten aus der Fabrik G. Ph. Gail, Giessen.
 empfiehlt
Zigarrengeschäft Rud. Degenhardt,
Nassau a. L., Mauerstr. 5.

Gut erh. Flobert
 6-9 mm zu kaufen gesucht.
 Angebot mit Preisang. unter
 D. 471 an die Geschäftsst.

**1-2 Zimmer-
 Wohnung**
 mit Küche zu veranlassen
 Grabenstr. 30, Ems.
**Tüchtige Maurer
 und Puger**
 sofort gesucht.
**Betonbaugeschäft
 Franz Schlüter.**
 Papierfabrik
 Bornsien u. H. v. T.
 Letmathe i. W.
 R. Minne vorhanden. [529
Geld
 gegen monatliche
 Rückzahl. verleiht
 B. Calderarow, Hamburg 5.

Achtung!

Die Eröffnung des **Handwerks-Fortbildungskurses zur Vorbereitung der Meisterprüfung** findet nunmehr **Dienstag, den 3. Februar, nachmittags 5 Uhr** in der Volksschule des unteren Bezirks statt, wozu sich die angemeldeten sowie noch neu hinzutretenden Teilnehmer rechtzeitig einfinden wollen.
 Im Auftrage der Handwerkskammer Wiesbaden:
Georg Müller, Schreinermeister, Bad Ems.
 Vorstandsmittglied der Kammer.

Turn- u. Fechtklub Diez.
 Donnerstag, den 5. Februar 1920
 Gründungsversammlung der **Niege für volkstümliches Turnen** (Leichtathletik) und Fußball in der Turnhalle der Realschule um **7 1/2 Uhr.**
 Alle Freunde der Leichtathletik und der Spiele werden dazu freundlichst eingeladen.
 Anmeldungen nimmt der Vorstand entgegen.
Der Vorstand.

Nie wiederkehrende Gelegenheit

bietet sich jetzt dem geehrten Publikum
künstl. Zähne u. Gebisse
 zu verkaufen.
 Zahle bis Mk. 100 und mehr. Für Platin per Gramm Mk. 110. Brennstifte 30, 40 u. 90 Mk. und auch mehr.
Nur in Diez
 den 4. Februar im Hotel Hof v. Holland
 von 2-5 Uhr, Zimmer im 1. Stock.
 Ungeleiteter Eingang. [528

Buchenscheit!
 sowie alle andern Sorten Brennholz zu kaufen gesucht.
 Auch übernehme Bestände zum Selbstabtrieb. [277
Gustav Nebelung, Frankfurt a. M., Wittelsbacherallee 4.
 Telefon Gans 5:3.

Turn- Verein

BAD EMS.

Mittwoch, den 4. Februar,
 abends 7 1/2 Uhr
 im Vereinslokal 7:52
Hauptversammlung.

1. Rechnungsabrechnung und Rech-
 nungsablage.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Aenderung der Beitragsfestsetzung.
4. Mitteilungen. [523

Der Vorstand.

„Eintracht“
 Bad Ems.
 Dienstag, den 3. Februar 1920,
 abends 8 Uhr Probe.
 Vollständ. Erscheinen erforderlich.
Der Vorstand.

**Hotel, Weinrestaurant
 oder Café**
 von einem kapitalst. ästigen
 Kaufmann zu **kaufen** oder
 mit Vorverkaufrecht zu **mieten**
 gesucht. Angebote unter
G. P. 22323 an die An-
 noncen-Expedition Friedrich
 Schatz, Duisburg. [547

Gesucht
 11. Anwesen (leerst. Fabrik etc.)
 für kleinen Fabrikbetrieb gep.
 Barauszahlung. Angebote
 unter **G. 499** an die Ge-
 schäftsstelle. [550
30 M! u. mehr (alt. Ber-
 dienst, Gewerbes od.
 Rechnerwerb Prospekt Nr. 375 gratis.
 E. Wagners, Verlag, Leipzig

Gesucht
 w. b. für kleinen Haushalt
 1. b. l. i. n. e.
Alleinmädchen.
 Lohn 80 Mark monatl., gutes
 Essen, gut. B. r. p. f. l. e. g. u. g.
 Angebote unter **E. 468** an
 die Geschäftsst. [543

2 junge Damen
 aus guter Familie suchen
 Aufnahme in b. f. r. e. m. H. a. u. s.
 b. f. Familienanschluß für 1.
 Ap. i. l. wo ihnen Gelegenheit
 geboten ist das Kochen, Waschen
 und Einmachen zu erlernen.
 Kostgeld wird nach Ueberein-
 kunft vergütet. Angebote er-
 beten an **Franz W. Raffler,**
Saarburg, Bad Ems.

Bekanntmachung

Verleihung von Pferden.

Die Personen, die vom französischen Staat Pferde zu leihen
 wünschen, werden auf Mittwoch, den 4. Februar 8 Uhr in Ems,
 Kammernauerweg eingeladen, die Tiere anzusehen, und von den
 Bedingungen Kenntnis zu nehmen. Die Abnehmer müssen
 eine Bescheinigung des Bürgermeisters beibringen, daß sie die
 Mittel besitzen, die verlangten Pferde zu ernähren und in
 dem Zustand zu erhalten.
 Nach erteilter Genehmigung werden die Tiere an die Ab-
 nehmer nach Vereinbarung zwischen ihnen und den Komman-
 danten des Enfer Bataillons ausgeliefert.

L. J. Kirchberger, Bankgeschäft
Bad Ems.
Nassauer Hof.

Ankauf
 von Reichsilbermünzen zu nachstehenden Reichsbankkursen.

Mk. 5— zu Mk. 32,50	Mk. 2— zu Mk. 13—
Mk. 3— „ Mk. 19,50	Mk. 1— „ Mk. 6,50
Mk. 3— (alte Taler) z. Mk. 21,50	Mk. 1/2 od. Mk. 0,50 zu Mk. 3,25.